



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Politische Pastoren

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

aus. Der zehnte Gesang, das litterarische Wettrennen auf dem sich beständig verändernden Pegasus, wird vielen als das eigentliche Meisterstück des Gedichts erscheinen; Grenzbotenleser, die gewohnt sind, nicht bloß die besten Brocken aus einer guten Schüssel zu fischen, werden aber bald erkennen, daß der „Dumme Teufel“ mehr als diese eine glückliche Episode hat, und zugleich daraus entnehmen, welche Art von erzählender Dichtung mitten in der Gegenwart volles Lebensrecht hat.



Politische Pastoren



Die Veröffentlichung des Wortlauts des vom Kaiser an den Geheimrat Hinzpeter am 28. Februar gesandten Telegramms über Stöcker und die „politischen Pastoren“ hat viel Staub aufgewirbelt und hat auch in Kreisen, die dem Kaiser treu ergeben sind, unangenehm berührt, indem man darin eine ausdrückliche Billigung dafür erblicken zu müssen glaubte, daß der Freiherr von Stumm diese kaiserliche Privataußerung in seiner am 12. April in Neunkirchen gehaltenen Rede benutzt hat. Wäre diese Annahme richtig, so würden auch wir die Veröffentlichung des Telegramms bedauern und die Überzeugung gewinnen, daß dabei von einer unrichtigen Beurteilung des Verhältnisses zwischen den Rabobs und den Pastoren im Saarthale ausgegangen worden ist. Jedenfalls ist durch diese Veröffentlichung denen eine rückhaltlose, unbefangne Prüfung des Inhalts der kaiserlichen Äußerung zur Pflicht gemacht worden, die dem persönlichen Einfluß des Kaisers bei der gedeihlichen Lösung der über alles schweren Aufgabe der Gegenwart, bei der Lösung der sogenannten sozialen Frage, eine wichtige Rolle beimessen und auf diesen Einfluß große Hoffnungen setzen. Wir sind der Ansicht, daß der kaiserliche Einfluß, wie die Sachen nun einmal bei uns liegen, ein Glück ist, daß auch das Bekanntwerden von Privatmeinungen des Kaisers ganz und gar nicht, wie ein veralteter Bürokratismus glaubt, immer ein großes Unglück ist, im Gegenteil, daß manchmal erst durch die dadurch hervorgerufene öffentliche Kritik der Kaiser über den bürokratisch-militärisch-höfischen Wall hinweg die Möglichkeit eines klaren Urteils über viele Dinge, wie sie wirklich sind, erhält und sein Einfluß um so heilsamer werden kann. Weder Byzantinismus noch Vatikanismus gilt gegenüber den Ansichten des deutschen Kaisers. Unfehlbarkeit beansprucht niemand im deutschen Reiche, unfehlbar ist keiner unter der Sonne, als unfehlbar will am wenigsten das kaiserliche Telegramm angesehen werden über die politischen Pastoren, das ist aus jeder Zeile des kurz gefaßten Wortlauts zu ersehen.

Der Stöcker betreffende Satz kann hier ganz wegbleiben. Soweit es uns angeht, lautete das Telegramm wie folgt: „Politische Pastoren sind ein Unding. Wer Christ ist, der ist auch »sozial,« christlich-sozial ist Unsinn und führt zur Selbstüberhebung und Unduldsamkeit, beides dem Christentum schnurstracks zuwiderlaufend. Die Herren Pastoren sollen sich um die Seelen ihrer Gemeinden kümmern, die Nächstenliebe pflegen, aber die Politik aus dem Spiele lassen, dieweil sie das gar nichts angeht.“ Wahrhaftig, hierin steckt Gold genug, soviel Gold, daß man die Kritik nicht zu hindern braucht, die Schlacken herauszuholen; der Wert wird dadurch nicht gemindert!

Und nun zur Sache. Unter gar keinen Umständen kann man denen Recht geben, die es mit Herrn von Stumm unternehmen wollen, durch Hereinziehen einer kaiserlichen Privataußerung den Pastoren an der Saar den Mund zu verbieten, wenn sie das Unternehmertum der Gegend, das verhältnismäßig sehr schnell zu fürstlichem Reichtum emporgekommen ist, scharf und unablässig zu der christlichen Demut mahnen, die nicht in äußerlicher Kniebeugung vor dem Altar, sondern vor allem dadurch zu beweisen ist, daß der Reiche auch in dem Armen immer, in jedem Lebens- und Geschäftsverhältnis, die gleichberechtigte, sittlich vollwertige Persönlichkeit und Freiheit anerkennt, daß der Reichgewordne sich freimacht von den verhängnisvollen Anschauungen und Gepflogenheiten des Progentums, die auch an der Saar nicht nur Arbeiter und politische Pastoren, sondern alle wahrhaft gebildeten, feinsühligen Menschen in unangenehmster Weise zu berühren geeignet und auch an sich zweckmäßigen und der geringern Einsicht der Arbeitermassen gegenüber mit einem an sich gerechtfertigten äußern Zwange verbundenen sogenannten Wohlfahrts-einrichtungen den Charakter der Christlichkeit zu rauben und damit die versöhnende Wirkung oft in das Gegenteil zu verkehren imstande sind. Gegen diesen Geist des Progentums anzukämpfen, wo er sich zeigt, ist nicht nur das Recht, sondern es ist die heiligste Pflicht der Geistlichkeit auch an der Saar, und daran wird sie auf die Dauer, das ist zu hoffen, kein Mensch der Erde hindern können. Für den, der die Verhältnisse an der Saar und ihr Werden seit einem Menschenalter wirklich kennt, kann das gar keine Frage sein. Es soll auch hier nur beiläufig berührt werden.

Gewiß, wer „Christ“ ist, der ist auch „sozial,“ und „christlich-sozial“ kann insofern ein „Unsinn“ genannt werden. Aber es hatte denn doch sehr viel Sinn, die Christen wieder zu der Erkenntnis zu bringen, daß sie auch „sozial“ sein müßten, denn der christlichen Gesellschaft, selbst der streng kirchen- und bekennnistreuen, war diese Erkenntnis im Laufe der letzten Menschenalter in ganz erschreckendem Maße verloren gegangen und ist ihr auch heute noch lange nicht wieder erschlossen.

Aber auch der Politik gegenüber geht es nicht an, die Geistlichkeit so ohne weiteres mundtot zu machen. Das hieße ja das „praktische Christentum“

in der Sozialpolitik, auf dessen Wiederherstellung wir in Deutschland, und in gewissem Sinne mit Recht, so stolz sind, ganz und gar entwerten, denn wo es sich um praktisches Christentum handelt, da hat doch vor allem auch die christliche Kirche und die christliche Geistlichkeit ein Wort mit zu reden. Sie soll dem Kaiser geben, was des Kaisers ist, gewiß, aber auch Gotte, was Gottes ist, und sie wäre unwürdig ihres erhabenen Amtes, wenn sie nicht auch dann den Mund aufthäte, wenn die Staatsgewalt mit ihren Organen, mit ihrem ganzen „Thun“ und „Lassen“ in der nationalen Rechts-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Bahnen hineingerät, die der sittlichen Weltordnung widersprechen. Im „Lassen“ in der Politik hat man ja, wie viele auch wieder mit Recht behaupten, bis in die jüngste Vergangenheit bei uns viel gesündigt, und wenn Geistliche gegen diese politischen Sünden angekämpft haben, so war das doch, von der Form, in der es geschah, und etwaigen Begleitmotiven ganz abgesehen, ihre Pflicht und Schuldigkeit. Und so wird es auch in Zukunft sein, auch dann, wenn etwa die Politik nach der andern Seite, durch ein Zuviel im „Thun,“ zu sündigen anfinge, wie gar nicht so fern liegt. Man soll sich also ja nicht unterfangen, den Satz: „Die Politik geht die Geistlichen nichts an“ unberechtigtermaßen als willkommenes Schlagwort dahin auszunützen, daß der Geistliche auch allen politischen — d. h. in Gesetzgebungs- und in Verwaltungsakten bis zu den Kreistagen und Stadtverordneten, bis zum preußischen Landrat, Amtsvorsteher und Bürgermeister hinunter sich bethätigenden — Unchristlichkeiten und Unsittlichkeiten gegenüber einfach den gehorsamen Diener machen müsse. An Neigung zu derartigen Ausnutzungen wird es leider nicht fehlen. Und ob sie den Sinn des Satzes dabei auch noch so sehr vergewaltigen müssen, daran werden sich viele Politiker von Fach wenig stoßen, wenn sie der Interessengruppe, der sie dienen, damit zu nützen glauben. Das verfassungsmäßige politische Recht der Geistlichen bei Wahlen und dergleichen hat natürlich mit der ganzen Telegrammfrage nichts zu thun. Nur politische Klopffechtere kann es hereinziehen.

Wer Christ ist, ist „sozial“ oder sollte es doch sein, aber durchaus nicht nur oder auch nur hauptsächlich in der Politik, im Staatsleben, im Verhältnis zum Ganzen. Das ist es, was heute zum Verständnis zu bringen vor allem not thut, auch den politischen Pastoren und — um es gleich hier zu sagen — auch den politischen Professoren. Das ist es, weswegen wir das Telegramm des Kaisers mit Freude begrüßen und ihm den weitesten Wiederhall wünschen.

In der Osterwoche dieses Jahres hat der „Protestantenverein“ in Berlin nach sechsjähriger Pause wieder einen „Protestantentag“ abgehalten, auf dem sich der liberale Protestantismus endlich dazu verstanden hat, zum Sozialismus Stellung zu nehmen. Die Herren scheinen schwer genug daran gegangen zu sein, aber sie mußten. Der Geist der Zeit hat sie gezwungen, den Bann des

alten liberalen Doktrinarismus, der sie auch in wirtschafts- und sozialpolitischer Beziehung in der Gefolgschaft der unheilvollen, Gott sei Dank, staatswissenschaftlich begrabenen, orthodoxen deutschen Manchestererschule bis heute festgehalten hatte, zu brechen, wenn sie überhaupt noch ein Recht und eine Möglichkeit zum Dasein haben wollten. Die teils harmlose, teils doch auch sehr bedauerliche Hochachtung vor den Idolen des Manchesterturns, dem Industrialismus, dem Utilitarismus, dem Mammonismus, von der ein Strauß, ja selbst teilweise ein Nothe, und namentlich eine ganze Reihe der liberalen protestantischen Geistlichkeit in ihren volkswirtschaftlichen Anschauungen viel zu sehr beherrscht wurden, hat den liberalen Protestantismus in Deutschland zu jener sozialen Unfruchtbarkeit verdammt, die in weiten Kreisen die Meinung wachgerufen hat, es sei aus und zu Ende mit ihm. Und da ist es doch eine interessante, bisher noch gar nicht nach Gebühr gewürdigte Erscheinung, daß in der Osterwoche auch diese Pastoren, die am wenigsten „sozial“ sein wollten, selbst wenn sie im stillen persönlichen Wirken waren, zwar ohne Abstimmung und Beschlüsse, aber doch in ganz ausgesprochener, mit gleichsam elementarer Macht die starre Rinde theologischer Lehrstreitigkeiten durchbrechender Lebhaftigkeit sich für den „christlichen Sozialismus“ der Gegenwart, sogar für den eines Raumann — wenigstens dem Kern der Sache nach — erklärt und den bekannten Erlaß des preussischen Oberkirchenrats gegen die „politischen Pastoren“ zurückgewiesen haben. Aber auch der Protestantentag, so kräftig er mit dem alten manchesterlichen Bann brechen zu wollen schien, kam nicht über die mit geradezu unbegreiflicher Wirkung ausgestattete Schranke hinweg, über den Wahn, als ob, wer „sozial“ sein wolle, dies nur in der Politik, im öffentlichen Leben, zum wenigsten nur im Vereinsleben sein könnte. Für die Arbeiterschutzgesetzgebung, für andre gewerbepolitische Fragen, vielleicht sogar für Ausstandsbewegungen u. dergl. solle auch der liberale protestantische Geistliche in Zukunft — so etwa schien man sich die Sache vorzustellen — sein „soziales“ Interesse betätigen dürfen, wenn er auch von Volkswirtschaft etwas zu verstehen nicht beanspruchen könne. Daß die soziale Aufgabe der Gegenwart zu neun Zehnteln und noch viel mehr darin besteht, die Anschauungen und die praktischen Lebensgrundsätze der Einzelnen von dem ganz besonders unter dem Einflusse der Manchesterdoktrin in den Herzen des Volks aller Schichten zur Herrschaft gelangten grundsätzlichen Egoismus zu der sittlichen Höhe wieder emporzuheben, wie sie sich in der Lehre Christi offenbart hat, zu der „Nächstenliebe,“ in der die erlösende Macht des Evangeliums bestand vor neunzehnhundert Jahren wie heute, davon ist unsers Wissens in den Verhandlungen des Protestantentags in der Osterwoche auch nicht mit einem Worte die Rede gewesen. Und doch ist darin die gewaltige Bedeutung der Rolle begründet, die die Kirche und die Geistlichen, auch die Pastoren des Protestantenvereins, bei der Lösung der sozialen Frage zu übernehmen haben.

Die christliche Nächstenliebe wieder als den „kategorischen Imperativ“ zur Anerkennung zu bringen in den Beziehungen des Einzelnen zu jedem Einzelnen, mit dem er zu thun hat und in Berührung kommt, das muß das grundsätzliche Ziel des heutigen Sozialismus sein; die Sittlichkeit und Christlichkeit in den äußerlichen, zwangsweise mit Schutzmann und Strafrichter, wenn nötig, durchzusetzenden Ordnungen, ist dem gegenüber von untergeordneter Bedeutung. Und in dieser Anerkennung liegt dann auch die Versöhnung des Sozialismus mit dem Individualismus, wie sie nicht nur dem Christentum allein entspricht, sondern auch allein praktisch vernünftig ist, und die Gewähr für vollkommeneres Glück und sichreren Frieden in der Gesellschaft für die Zukunft bietet. Die heutige staatswissenschaftliche Schule ist mit Recht stolz darauf, daß sie in der wissenschaftlichen Behandlung der Volkswirtschaft und zum Teil auch in ihrer staatlichen Behandlung den „kategorischen Imperativ“ der Sittlichkeit wieder zu Ehren gebracht hat, aber auch sie hat es bisher viel zu wenig anerkannt, daß, wenn sich die Volkswirtschaft, wenn sich der soziale Zustand des Ganzen bessern, oder richtiger gesagt: wenn er nicht zum Zusammenbruch führen soll, jener kategorische Imperativ vor allem in den Beziehungen vom Nächsten zum Nächsten zur Macht gelangen muß, im Armen wie im Reichen, im Arbeiter wie im Unternehmer. Die Einseitigkeit des Manchesterturns hat sich ganz besonders unter uns Deutschen, die wir für Einseitigkeiten eine so hervorragende Begabung haben, nicht beschränkt auf Handels- und Zollpolitik, auf Gesetze für die innere Ordnung oder deren Beseitigung, auch nicht etwa auf die geschäftliche, kaufmännische Praxis, sondern sie hat, wie das ja gar nicht anders sein konnte, den Grundsatz des rücksichtslosen Eigennutzes in das ganze Verhalten des Menschen zum Menschen und natürlich auch des Einzelnen zum Ganzen hineingetragen. Sie hat das gethan mit solcher Nachhaltigkeit, daß selbst die eifrigsten unsrer Staatssozialisten, die wissenschaftlichen wie die praktischen, noch immer dem Einzelnen im Verhalten zum Einzelnen gar nichts anderes als den konsequenten Eigennutz zutrauen und über „karitative“ Bethätigung der Nächstenliebe des reichen Mannes in Stiftungen, Wohlfahrtseinrichtungen und Vereinsbestrebungen nicht hinauskommen. Von dem kategorischen Imperativ für den armen Mann, für den Arbeiter scheinen sie vollends gar nichts zu wissen. Wenn man bedenkt, daß das Eindringen der rücksichtslosen Manchestermoral in die Herzen des Volks, dieser im übelsten Sinne kaufmännischen Pflichtenlehre, die man in frühern Zeiten als Eigenart der Juden im Geschäftsverkehr mit Nichtjuden ansah, für alle Verhältnisse des Menschenlebens zusammenfiel mit einer Umwälzung sonder gleichen auf dem Gebiete der technischen Gütererzeugung und des geschäftlichen Vermögenserwerbs, dann ist das Anwachsen der sozialen Gefahr zu der Höhe von heut erst recht begreiflich, und alle gesetzlichen Reformen und Schutzmaßregeln — das sieht man ja von Jahr zu Jahr deutlicher — vermögen so gut wie gar nichts zur Abwendung der Gefahr, zur Heilung

des furchtbaren Gegensatzes zwischen Arm und Reich zu leisten, wenn es nicht gelingt, die Nächstenliebe, diesen allerwirksamsten und allerindividuellsten Sozialismus, im Volke wieder wachzurufen.

Und das sollten in der That die „politischen Pastoren“ endlich begreifen, die liberalen wie die orthodoxen, statt im Kampfe der politischen Parteien mit zu schüren, Haß zu säen, statt Liebe zu predigen, den Unfrieden zu verschärfen, statt ihn zu mildern. Hoch über den Parteien und den Interessengruppen und ihren materiellen Sonderbestrebungen steht die Liebe unter einander, an der man die Christen heute erkennen soll, wie zur Zeit der Apostel, und diesen christlichen Sozialismus im Gegensatz zum Staatssozialismus mit aller Begeisterung und Hingebung zu pflegen, statt in unchristlicher Unduldsamkeit starre Bekenntnissätze zum wachsenden Ärgerniß der in der Schule der Neuzeit groß gewordenen Massen als das hinzustellen, was den Christen ausmacht, das ist die erhabenste, ernsteste, dringendste soziale Aufgabe der Kirche und ihrer Diener am Ende des neunzehnten Jahrhunderts.

Möchten in diesem Sinne die kaiserlichen Worte ein Mahnruf werden, nicht an die politischen Pastoren allein, sondern auch an die sehr große Masse der bequemen, gleichgiltigen, allerunterthänigst unpolitischen Pastoren.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die Gewerkvereine und die Politik. Da sich über die parlamentarischen Leistungen der vorigen Woche nichts sagen läßt, was nicht schon hundertmal gesagt worden wäre, die Krisengerüchte aber unkontrollirbarer Klatsch sind, so wollen wir nachträglich einem Ereigniß der ersten Maiwoche ein paar Worte widmen: dem sozialdemokratischen Gewerkschaftskongreß, der in Berlin abgehalten worden ist. Die Langweiligkeit der Debatten dieses Kongresses und der Umstand, daß er in der Presse wenig beachtet worden ist, beweisen aufs neue die geringe Lebenskraft der deutschen Gewerkvereine. Zwar haben es die sozialdemokratischen auf 300 000 Mitglieder gebracht, ungefähr fünfmal soviel wie die Hirsch-Dunckerschen, aber was ist das gegen die anderthalb Millionen Mitglieder der englischen, und wie wenig leisten sie! Der Vorschlag, einen von der Parteikasse gesonderten Streifonds zu gründen, der von der Generalkommission der Gewerkschaften verwaltet werden solle, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Daraufhin erhoben konservative Blätter den Vorwurf, die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung werde nur als Mittel für die politischen Zwecke der Partei mißbraucht. Mit der Thatfache, daß in Deutschland die Gewerkschaftsbewegung der Parteipolitik untergeordnet wird, hat es seine Wichtigkeit, aber dieser Zustand ergibt sich unvermeidlich aus unsern politischen Verhältnissen. Wollten die neuen Gewerkvereine die Politik ausschließen, so würden sie es nicht weiter bringen als die alten, die ja sehr achtungswert, aber bei ihrer geringen Mitgliederzahl und bei der engen Begrenzung ihres Wirkungskreises ohne